

Waffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein, Fernsprech-Zentrale Ulstein; Am Dönhofs (A 7) 4600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3666—3698, Telegramm-Adresse: W. Ulstein; Ulsteinhaus, Berlin, Postschek-Konto: Berlin 60. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit (außer dem Handelsteil) i. V. K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koestraße 22-26

15 Pf. [Anw. 20 Pf.] - Nr 294 - A 150

DONNERSTAG, 25. JUNI 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Frankreichs Gegenvorschlag

Pariser Zwischenakt

Kein Verzicht auf die ungedeckte Annuität — aber Kredite in gleicher Höhe

Als in Paris die Stunde des Nachmittags-Dees herangekommen war, empfing der amerikanische Botschafter vom Vizepräsidenten Coolidge, in der Sprache der Diplomatie getrieben, die Antwortnote der französischen Regierung. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ist die Note, bedrückt und ins Englische überetzt, in der Lunch-Stunde vorgelegt worden. Der Vizepräsident überließ aber die Note dem Botschafter eines Dokumentes, auf den die Note neugierig ist, noch bis Freitag nachmittag vorzulegen werden. Diese ausführliche Note ist nicht vom internationalen Gemeinwohl vorgeschrieben, das keine andere Regel kennt als jene, die der Zustand und im privaten Verkehr vorzulegt: einen Brief nicht zu veröffentlichen, ehe er in die Hand des Adressaten gelangt ist. Die Erklärung Hoover ist der Presse übergeben worden unmittelbar, nachdem die Botschafter und Gelehrten der interessierten Mächte sie vom Auswärtigen Amt erhalten hatten. Daß Paris von dem sonst geliebten Verfahren abweicht und den Botschafter noch zwei Tage lang gefesselt hält, zwingt zu dem Schluß, daß die gefällige Note als ein *Confidant* zu angesehen haben will, der noch ein telegraphischer Gebenkaustausch folgen soll, wo von Frankreich das letzte Wort gesprochen wird.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 24. JUNI

Der Botschafter der französischen Antwortnote an Amerika soll erst unmittelbar vor der Kammerdebatte am Freitag veröffentlicht werden. Ueber den Inhalt werden jetzt nur die Einzelheiten bekannt. Das vor Schreimachern liegende Dokument erkennt in seiner Einleitung die großartige Geste Hoover und die vornehmste Geltung an, die den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ihrem Schritt bewegen haben. Sie habe ihnen Einverständnis mit Frankreich nicht verweigert. Frankreich selbst habe bereits Beweise seines guten Willens gegeben, attun an der Vorsehung der Schmerztönen in Mitteleuropa mitzuarbeiten. Andererseits ist es unmöglich, schon aus rechtlichen Gründen, die Vereinbarungen außer acht zu lassen, die durch den Young-Plan bereits unterzeichnet worden sind und die die Kammer als bindendes Gesetz angenommen hat. Dünne ausdrücklichen Worten des Pariserments ist Frankreich nicht auf die wesentliche Unterzeichnung anderer dem gefälligen und ungefälligen Teil der Separationen verzichtet. Demnach wünscht Frankreich, sich an allen Maßnahmen zu beteiligen, die die wirtschaftliche Wiedergeburt Europas und der Welt erleichtern können. Am auch hinsichtlich des ungefälligen Teils der Separationen in Höhe von 612 Millionen Mark Deutschland entgegenzunehmen, nach Frankreich folgende Bedingungen:

Die ungefälligen Zahlungen werden von Deutschland weiter an die R. F. Z. geleistet. Die R. F. Z. muß die Beträge zunächst auf das Konto der Gläubigerämter gutschreiben, die aber zur Stützung der deutschen Bevölkerung nicht in fremde Währungen umzuwandeln, sondern sie in Form von Krediten nach Deutschland zurückgeben. Frankreich verlangt also, daß Deutschland seine ungefälligen Zahlungen aus juristischen Gründen weiter leisten, daß ihm aber die Beträge praktisch wieder in voller Höhe zugutekommen.

Die Unterstützung dieser These macht Frankreich zum Schluß seiner Note darauf aufmerksam, daß Präsident Hoover in seinem Vortrag nur die Gasparierung der Zahlungen, nicht aber auch die der „Verpflichtungen“ verlangt habe.

Die französische Presse begleitet die Antwortnote Frankreichs mit Ausführungen, die sich immer schärfer gegen Amerika richten.

Gegenüber Deutschland ist der Ton gekümpft. Die Rede Brünings wird auch in der heutigen Pariser Abendpresse nur kurz berührt. Der „Temps“ meint, der Ton, den der Angler Brünning gefahren angeheben habe, als er über die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland sprach, sei für Deutschland ziemlich unangenehm. Man würde in Frankreich glücklich sein, wenn dies den Anfang geistlicher Gespräche in Berlin bedeute.

Die amerikanische Antwort der Kammer hat sich unter Paul Boncour's Vorhinein auf den Standpunkt gestellt, daß der ungefällige Teil der Young-Zahlungen nicht wieder zur Disposition gestellt werden darf.

Wie wir oben noch erfahren, haben fast alle Mitglieder des Ausschusses ihres Bedauern über die „ungefälligen Teile“ des amerikanischen Präsidenten und über den „missbräutlichen Vorschlag“, auf den ungefälligen Teil der Zahlungen zu verzichten, Ausdruck gegeben. Vorgeschrieben macht der Vorschlag, daß, wenn Frankreich seine Forderungen nicht zurückgeben sollte, ein sofort eigener Plan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ausgearbeitet werden.

Vorgeschrieben verlangt ferner unter Zustimmung aller Mitglieder des Ausschusses, daß Frankreich im Fall eines finanziellen Defizits Garantien für die Verwendung der dem Reich zur Verfügung gestellten Gelder fordern müsse.

Wellou fährt nach Paris weiter

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 24. JUNI

Einer Mitteilung aus Washington folgend begibt sich der amerikanische Botschafter in London, W. L. Wellou, der gestern von seinem Besuch in Cambridge, wo sein Sohn promovierte und er selbst den Doktorhut erhielt, nach London zurückgekehrt war, am Donnerstag nach Paris.

Ein pitantes Detail war heute Wellous' Frühstück mit dem amerikanischen Botschafter Dr. R. S. Hart, dessen Artikel mit heftigen Angriffen auf Hoover und seinen Finanzminister vorlag erst heute morgen im Londoner „Daily Express“ und „Times“

erschienen waren. Hart vertritt übrigens morgen früh gleichfalls England und wird unter Zornigung Frankreichs, das sich voriges Jahr ausgenutzt hat und über das er sich in seinem Artikel heute morgen wieder recht heftig gekümpft hat, über Belgien, West- und Süddeutschland und die Schweiz im Auto nach Oberitalien fahren. Am 1. August wird sich Hart, wie seit mehreren Jahren, zur Kur nach Staunheim begeben und nach Zornigung der Kur zum erstenmal auch Berlin besuchen.

Hoover unbeirrt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WASHINGTON, 24. JUNI

Die amerikanische Regierung bleibt gegenüber dem französischen Gegenvorschlag ablehnend. Staatssekretär Stimson gab in einer Presskonferenz heute folgende Erklärung ab: Der Vorparatimentsvorschlag des Präsidenten wurde in großen und einfachen Grundlinien abgelehnt. Der Zweck war vollkommen klar, nämlich einen einjährigen Zuschuß der Rest der Zahlungen zu sichern. Von diesen Grundlinien wird nicht abgegangen werden. Wir machen erhebliche Fortschritte, aber bei einer solchen Angelegenheit, die so viele wirtschaftliche Schäden und Wunden angeht, gibt es natürlich viele Details, die man nach gründlicher Prüfung und Überlegungen mit diesen Werten ergänzen muß. Diese Überlegungen müssen notwendig auch dem normalen Wege durch die diplomatischen Stellen und nicht durch die Presse erfolgen.

Wichtigere ist Stimons' Europareise mindestens vorgesehen, wenn nicht ganz unmöglich gemacht.

Doch „französisches Chequers“?

Wie der Pariser Korrespondent des B. Z. berichtet, ist im Verlaufe des französischen Ministerates über die Anregung einer offiziellen Zusammenkunft des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsfinanzministers Dr. Curtius mit dem französischen Ministerpräsidenten Salard und dem französischen Außenminister Briand gesprochen worden. Der Vorschlag habe eine günstige Aufnahme gefunden und werde jeden Tag praktische Arbeit annehmen, wenn er präzisiert werde.

Eine offizielle Mitteilung der Agentur Havas lautet: An den politischen Kreisen hat man heute die gefestigt in der Bundeskanzlei des Reichskanzlers Dr. Brüning gegebene Anregung einer offiziellen Begegnung zwischen dem Regierungschef und dem Außenminister beider Länder beprobt. Diese Eventualität ist hauptsächlich auch im Verlaufe des heute vormittag abgehaltenen Ministerates ins Auge gefaßt worden. Die Anregung des Reichskanzlers wird, wenn sie präzisiert werden sollte, seine ungenügende Aufnahme auf französischer Seite finden.

Botschafter S. nach heute nach am letzten Nachmittage eine Unterredung mit Außenminister Briand.

Siehe auch Umsetze und Handelsteil

Dank an Brüning

KÖLN, 24. JUNI

Das Präsidium der Kölner Industrie- und Handelskammer hat an den Reichskanzler Brüning nachstehendes Telegramm geschickt:

„Ihre die große und bedeutungsvolle Wirtschaft im Westen unseres Vaterlandes erleidet seit Wochen und Monaten einen immer höhergehenden Wiedergeburt und drohte, in Katastrophen zu erliegen. Sie grübe noch zur rechten Zeit erlosenes Recht im Gang und alle Aufmerksamkeit der Wirtschaft. Ihre Initiative und Engagement mit Ihnen dem Präsidenten von Staunheim außer Zweifel, aber, daß es einseitig für die deutschen Bedürfnisse der Welt einen Vorschlag gemacht hat, der, so hoffen wir, einstimmige Annahme findet.“

Dem von Ihnen gestern abend im Rundfunk ausgesprochenen Appell an die Gerechtigkeit und Gerechtigkeit des deutschen Volkes folgen wir als dermaßen Wertsetzer der Kölner Wirtschaft mit dem gesamten Köln. Sie grübe noch zur rechten Zeit erlosenes Recht im Gang und alle Aufmerksamkeit der Wirtschaft. Ihre Initiative und Engagement mit Ihnen dem Präsidenten von Staunheim außer Zweifel, aber, daß es einseitig für die deutschen Bedürfnisse der Welt einen Vorschlag gemacht hat, der, so hoffen wir, einstimmige Annahme findet.

Über Zwischenakt — das besagt allein schon, daß das französische Kabinett nicht wie das englische und italienische vorzulegt, sondern die Vorschläge Hoovers gutgeheißen hat. Das französische Kabinett hat den Vorschlag an formalisierter Bedingung in dem Inhalt, das kann man auch aus der Inhaltsangabe nicht folgern, die aus offizieller Quelle stammt. An der französischen Note wird darauf hingewiesen, daß es schon aus rechtlichen Gründen unmöglich sei, die Vereinbarungen außer acht zu lassen, die durch den Young-Plan bereits unterzeichnet und zum bindenden Gesetz gemacht worden seien. Das ist die Einladung zu einer Diskussion über den Young-Plan als Gesamtplan und über einzelne ihrer Bestimmungen, die Frankreich besonders interessieren, wie die über den ungefälligen Teil der Annuitäten. Die Kammer wird eingeladen, ohne die das französische Kabinett nicht zustimmen kann. Vorward zur Veränderung oder Änderung, wie der Annoten gelehrt werden wird? Das französische Kabinett ist (im Gegensatz zum amerikanischen Kongress) „looser“ gefaßt, sie kann heute aber morgen gefaßt werden und Antwort geben.

Wie die Regierung in Washington auf diesen Vorschlag einer Ausnahmevereinbarung über den Separationsplan reagierten wird, das ist eine Angelegenheit, die zunächst nur den Präsidenten Hoover und seine amtlichen Ratgeber angeht, und in die Deutschland nicht einzugreifen hat. Es kann nur daran erinnert werden, mit welchem Nachdruck vom Staatssekretär Stimson erklärt worden ist, daß der Vorschlag eines Schuldenerlasses sich auch auf den ungefälligen Teil der deutschen Separationszahlungen bezieht; daß es bedeutungsvoll und Geburten verifizierbare Werte und wertvolle Begriffe sind, sich miteinander nicht befehen; daß Präsident Hoover von Schulden spricht, die aufzuheben werden sollen, die französische Regierung in ihrer Note aber ausweichend von Forderungen ausgeht, deren rechtliche Grundlage bisher nicht angelehrt worden ist.

Frankfurt hat auf die Botschaft Hoovers sofort abgemehrend reagiert. Es war nicht zu erwarten, daß das französische Kabinett dem englischen und italienischen folgen würde. Überhaupt das Schuldenerlassen fassen können werden. Wenn nicht nur die materielle Wirkung der Botschaft aus Amerika, die sich in übertrieben hohen Kurspreisen der Papiere, in einer starken Wechselkurssteigerung ausdrückt, auch der moralische Erfolg von Hoovers Vorschlag ist so ungeheuer, daß Frankreich schon aus Abneigung vermeiden wird, das Obium einer Gefährdung des Schuldenerlasses auf sich zu laden.

Frankfurt hat es selber verstanden, die Botschaft Hoovers mit einer großen vornehmsten Geste zu beantworten; zeigte sich bereit und bereit. Die Botschaft Hoovers hat die deutsche Interesse daran, daß das Geschäft, schlicht behandelt werden zu sein, in Frankreich fortbauert. Die Rede des Kanzlers, die in Paris doch nicht ohne Einbruch geblieben ist, hat in einem psychologisch richtigen Augenblick gezeigt, daß wir nicht Frankreichs Forderung wünschen, sondern im Gegenteil, die Zusammenarbeit mit dem westlichen Europa, ohne den Verlust in Europa nicht zu machen ist.

Wir hoffen und glauben, daß das Schuldenerlassen nicht in Frage gestellt, daß lediglich seine offizielle Veröffentlichung um 48 Stunden hinausgeschoben ist.

Es ist schließlich nicht so wichtig, ob diese Veröffentlichung am 26. oder am 27. Juni erfolgt, wenn wir nur gewiß sein dürfen, daß am 1. Juli das Schuldenerlassen beginnt.

Der Pariser Zwischenakt darf uns nicht verärrern machen!

M. R.